

Marcus Franke

Städtische Bewerbungen um internationale Sportevents

Akteure und Interaktionen
aus polit-ökonomischer Sicht



Springer VS

Städtische Bewerbungen um internationale Sportevents

Marcus Franke

Städtische Bewerbungen um internationale Sportevents

Akteure und Interaktionen aus
polit-ökonomischer Sicht

Marcus Franke
Hamburg, Deutschland

Dissertation am Institut für Sportökonomie und Sportmanagement der Deutschen Sporthochschule Köln unter dem Titel „Städtische Bewerbungen um internationale Sportevents – Die Komplexität stadtpolitischer Entscheidungsprozesse und ihre akteurstheoretische Modellierung“

Erster Gutachter: Prof. Dr. Christoph Breuer
Zweiter Gutachter: Prof. Dr. Jürgen Mittag

Vorsitzender des Promotionsausschusses: Prof. Dr. med. Wilhelm Bloch
Datum der Disputation: 28.01.2014

ISBN 978-3-658-08315-1 ISBN 978-3-658-08316-8 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-08316-8

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2015

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

Danksagung

Die vorliegende Arbeit ist Ergebnis meiner Promotion am Institut für Sportökonomie und Sportmanagement der Deutschen Sporthochschule in Köln.

Herzlich bedanken möchte ich mich zuvorderst bei meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Christoph Breuer, der mich im Prozess der Promotion mit großem Engagement unterstützte und durch seine Hinweise und Ratschläge wichtige Impulse für diese Arbeit gegeben hat. Ein besonderer Dank gebührt ebenfalls Herrn Prof. Dr. Jürgen Mittag vom Institut für Europäische Sportentwicklung und Freizeitforschung der Deutschen Sporthochschule in Köln, für die Übernahme des Zweitgutachtens sowie sehr hilfreiche Diskussionen und Anregungen.

Herrn Prof. Dr. Hans-Jürgen Schulke von der Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation in Hamburg möchte ich an dieser Stelle sehr herzlich für die vielen Gespräche und den fortwährenden, inhaltlichen Austausch während meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Macromedia danken.

Für Korrekturen und sprachliche Anmerkungen danke ich Sarah Wiedemann und Mirjana Kovacev herzlich.

Ein großer Dank gilt meinen Eltern sowie meiner gesamten Familie. Nur durch ihre Unterstützung wurde mir mein Studium ermöglicht und konnte ich meinen bisherigen Lebensweg, wie von mir gewünscht, gestalten.

Abschließend gilt ein besonderer Dank Kerstin von Zmuda Trzebiatowski ohne deren Geduld und Unterstützung diese Arbeit wohl kaum möglich gewesen wäre.

Marcus Franke

Inhalt

| | |
|---|-----------|
| Abbildungsverzeichnis | 12 |
| Tabellenverzeichnis | 13 |
| Abkürzungsverzeichnis | 14 |
| 1 Einleitung | 17 |
| 1.1 Sporteventbewerbungen als konflikthafte stadtpolitische Realität | 17 |
| 1.2 Forschungsmethodisches Konzept und Aufbau der Arbeit | 25 |
| 2 Städte und Sportevents | 29 |
| 2.1 Stadtpolitik und ihre Umfeldbedingungen | 29 |
| 2.1.1 Stadtpolitik in Großstädten | 30 |
| 2.1.2 Entscheidungs- und Handlungsbedingungen städtischer Politik | 32 |
| 2.1.2.1 Städte als Teil des föderalen Systems in Deutschland | 32 |
| 2.1.2.2 Wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen der Großstädte | 35 |
| 2.2 Städtekonkurrenzen als „Schicksal“ und „Strategie“ | 42 |
| 2.3 Anspruchsgruppen der Städtekonkurrenz | 45 |
| 2.4 Standortfaktoren der Städtekonkurrenz | 47 |
| 2.5 Stadtmarketing als Stadtpolitik im Kontext der Städtekonkurrenz | 49 |
| 2.5.1 Stadtmarketing und Stadtmarken | 50 |
| 2.5.2 Sportveranstaltungen als Element des Stadtmarketings | 55 |
| 3 Struktur und Dynamik des Sporteventmarktes | 61 |
| 3.1 Definition des Sporteventbegriffes | 61 |
| 3.1.1 Entstehung und Verortung des Eventbegriffes | 61 |
| 3.1.2 Definition von Sportevents | 66 |
| 3.2 Struktur des Sporteventmarktes | 72 |
| 3.2.1 Anbieter und Nachfrager von Sportevents | 72 |
| 3.2.2 Die Rolle der Städte im Sporteventmarkt | 78 |
| 3.3 Dynamik des Sporteventmarktes | 84 |
| 3.3.1 Entwicklungen des Angebotes von Sportevents | 84 |
| 3.3.2 Entwicklungen der Nachfrage nach Sportevents | 94 |
| 3.4 Herausforderungen städtischer Sporteventpolitik | 99 |

| | |
|---|------------|
| 4 Gemeinwohlorientierte Begründung städtischer Sporteventbewerbungen | 101 |
| 4.1 Gemeinwohl als Ausgangspunkt wissenschaftlicher Analysen von Sportevents | 101 |
| 4.2 Marktversagen als Ausgangspunkt der Förderung von Sportevents .. | 105 |
| 4.2.1 Sportevents als öffentliche Güter | 106 |
| 4.2.2 Externe Effekte und Sportevents | 109 |
| 4.2.2.1 Sportliche Aktivierung durch Sportevents | 112 |
| 4.2.2.2 Effekte auf die Gesundheit | 115 |
| 4.2.2.3 Integrative Effekte | 118 |
| 4.2.2.4 Demokratieeffekte | 122 |
| 4.2.2.5 Effekte zur Sozialisation | 124 |
| 4.2.2.6 Ökonomische Wachstumsexternalitäten | 128 |
| 4.2.2.7 Imageeffekte | 140 |
| 4.2.2.8 Identitätseffekte | 145 |
| 4.2.2.9 Ökologische Effekte | 146 |
| 4.3 Distributionspolitische Argumente der Sporteventförderung | 149 |
| 4.4 Zusammenfassung wissenschaftlicher Befunde zur Rechtfertigung der Sporteventpolitik | 152 |
| | |
| 5 Fallstudie: Sporteventpolitik in der Freien und Hansestadt Hamburg | 155 |
| 5.1 Darstellung der Fallstudie | 155 |
| 5.2 Analyse programmatischer Dokumente Hamburger Parteien | 158 |
| 5.2.1 Regierungsprogramm und sportpolitische Strategie des „Senats Scholz“ | 159 |
| 5.2.2 Analyse der Wahlprogramme zur Bürgerschaftswahl 2011 | 165 |
| 5.3 Hamburgs Bewerbung um die Ausrichtung der Schwimm-WM 2013 | 167 |
| 5.3.1 Hintergründe zur Schwimm-WM | 167 |
| 5.3.2 Akteure und Ablauf des politischen Entscheidungsprozesses.... | 170 |
| 5.3.3 Interpretation des politischen Entscheidungsprozesses | 184 |
| 5.4 Notwendigkeit einer polit-ökonomischen Akteursanalyse städtischer Sporteventpolitik | 190 |
| | |
| 6 Ökonomische Theorie der Politik zur Akteursanalyse | 195 |
| 6.1 Methodische Grundlagen einer polit-ökonomischen Analyse | 195 |
| 6.1.1 Ökonomie als forschungsleitende Disziplin | 196 |
| 6.1.2 Methodologischer Individualismus als Erklärungsansatz | 197 |
| 6.1.3 Homo Oeconomicus und seine Erweiterungen als Verhaltensmodell | 200 |

| | | |
|----------|---|------------|
| 6.1.4 | Ökonomisches Verhaltensmodell in politischen Entscheidungsprozessen | 207 |
| 6.2 | Ökonomische Theorie der Politik als erklärende Theorie | 210 |
| 6.2.1 | Begriffliches Verständnis der Ökonomischen Theorie der Politik | 210 |
| 6.2.2 | Grundgedanken der Ökonomischen Theorie der Politik | 212 |
| 6.2.3 | Indirekte Demokratie als Anwendungsgebiet der Ökonomischen Theorie der Politik | 215 |
| 6.2.4 | Übertragung der Ökonomischen Theorie der Politik auf die Stadtpolitik | 222 |
| 6.3 | Akteure politischer Entscheidungsprozesse | 224 |
| 6.3.1 | Identifikation der Akteure | 224 |
| 6.3.2 | Idealtypischer kollektiver Entscheidungsprozess in indirekten Demokratien | 234 |
| 6.3.2.1 | Akteursrollen und Struktur des politischen Entscheidungsprozesses | 235 |
| 6.3.2.2 | Prozesshafter Ablauf politischer Entscheidungen | 237 |
| 6.4 | Ökonomische Theorie der Politik zur Analyse städtischer Sporteventpolitik | 242 |
| 6.4.1 | Identifikation der Akteure stadtpolitischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen | 242 |
| 6.4.2 | Konzeption der Akteursanalyse und des Interaktionsmodells ... | 245 |
| 7 | Interaktionsmodell stadtpolitischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen | 249 |
| 7.1 | Wähler als Akteur bei Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen .. | 249 |
| 7.1.1 | Ökonomie des Wählens | 249 |
| 7.1.2 | Sportevents als Teil der Zielfunktion des Wählers | 257 |
| 7.1.3 | Rationalität von Wählerprotesten bei Bewerbungsentscheidungen | 263 |
| 7.1.4 | Handlungsmodell des rationalen Wählers bei Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen | 267 |
| 7.2 | Politiker als Akteur bei Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen. | 268 |
| 7.2.1 | Politiker aus Sicht der Ökonomischen Theorie der Politik | 269 |
| 7.2.2 | Spezifische Präferenzen von Politikern bei Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen | 277 |
| 7.2.3 | Handlungsmodell rationaler Politiker bei Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen | 290 |

| | |
|---|-----|
| 7.2.4 Interaktionsmodell politischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen – Erster Schritt: Interaktionen zwischen Wähler und Politiker | 292 |
| 7.3 Sportbeamte als Akteur bei Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen | 297 |
| 7.3.1 Bürokratietheoretische Sicht des Verwaltungsbeamten | 297 |
| 7.3.2 Spezifische Präferenzen von Sportbeamten bei Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen | 305 |
| 7.3.3 Handlungsmodell rationaler Sportbeamter bei Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen | 312 |
| 7.3.4 Interaktionsmodell politischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen –Zweiter Schritt: Interaktionen zwischen Wähler, Politiker und Sportbeamten .. | 314 |
| 7.4 Sportverbandsvertreter als Akteur bei Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen | 316 |
| 7.4.1 Logik des kollektiven Handelns als Erklärungsansatz für das Bestehen und Handeln von Interessengruppen | 316 |
| 7.4.2 Spezifische Präferenzen des Vertreters eines nationalen Sport- verbandes bei Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen | 330 |
| 7.4.3 Handlungsmodell rationaler Sportverbandsvertreter bei Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen | 340 |
| 7.4.4 Interaktionsmodell politischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen – Dritter Schritt: Interaktionen zwischen Wähler, Politiker Sportbeamten und Sportverbandsvertreter | 342 |
| 7.5 Wirtschaftsverbandsvertreter als Akteur bei Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen | 346 |
| 7.5.1 Spezifische Präferenzen des Vertreters eines lokalen Wirtschaftsverbandes bei Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen | 346 |
| 7.5.2 Handlungsmodell rationaler Wirtschaftsverbandsvertreter bei Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen | 351 |
| 7.5.3 Interaktionsmodell politischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen –Vierter Schritt: Interaktionen zwischen Wähler, Politiker, Sportbeamten, Sportverbandsvertreter und Wirtschaftsverbandsvertreter | 353 |
| 7.6 Medienvertreter als Akteur bei Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen | 357 |
| 7.6.1 Ökonomische Theorie der Medien | 357 |

| | |
|---|------------|
| 7.6.2 Spezifische Präferenzen des Medienvertreter bei Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen | 372 |
| 7.6.3 Handlungsmodell rationaler Medienvertreter bei Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen | 384 |
| 7.7 Interaktionsmodell bei stadtpolitischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen | 386 |
| 7.8 Diskussion des polit-ökonomischen Ansatzes | 391 |
| 8 Schlussbetrachtungen | 405 |
| Anhang | 413 |
| A1 Weltmeisterschaften in 19 Olympischen Sportarten von 1951-2010 . | 414 |
| A2 Sportförderrichtlinien deutscher Großstädte | 428 |
| A3 Auflistung der in der Fallstudie zur Sporteventpolitik Hamburgs verwendeten Dokumente | 429 |
| A4 Auflistung der Austragungsorte der Schwimm-WM seit 1973 | 433 |
| A5 Eingliederung des Sports in die Verwaltung deutscher Großstädte ... | 434 |
| Literaturverzeichnis | 435 |
| Quellenverzeichnis öffentlicher Dokumente | 474 |
| Kurzzusammenfassung | 475 |
| Abstract | 476 |

Abbildungsverzeichnis

| | |
|---|-----|
| Abbildung 1: Aufbau der Arbeit | 26 |
| Abbildung 2: Zielkatalog des Stadtmarketings | 52 |
| Abbildung 3: Eigenschaften von Sportevents | 68 |
| Abbildung 4: Idealtypisches städtisches Prüfverfahren zum Einsatz von Sportevents als Stadtmarketinginstrument | 82 |
| Abbildung 5: Entwicklung der Anzahl an Weltmeisterschaften von 1951-2010 | 88 |
| Abbildung 6: Entwicklung der Angebotsseite des Sporteventmarktes | 92 |
| Abbildung 7: Elemente einer polit-ökonomischen Akteursanalyse | 247 |
| Abbildung 8: Interaktionsmodell stadtpolitischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen – Entwicklungsschritt 1 von 5 | 296 |
| Abbildung 9: Aufgabenbereiche kommunaler Sportpolitik | 306 |
| Abbildung 10: Interaktionsmodell stadtpolitischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen – Entwicklungsschritt 2 von 5 | 315 |
| Abbildung 11: Interaktionsmodell stadtpolitischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen – Entwicklungsschritt 3 von 5 | 345 |
| Abbildung 12: Interaktionsmodell stadtpolitischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen – Entwicklungsschritt 4 von 5 | 356 |
| Abbildung 13: Interaktionsmodell stadtpolitischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen – Entwicklungsschritt 5 von 5 | 390 |

Tabellenverzeichnis

| | |
|---|-----|
| Tabelle 1: Austragungsinhalte von Veranstaltungen | 54 |
| Tabelle 2: Sportevents und die finanzielle Beteiligung der Städte (in Euro) | 80 |
| Tabelle 3: Erstmalige Austragung von Weltmeisterschaften in ausgewählten olympischen Sportten | 89 |
| Tabelle 4: Statistische Kennzahlen zur Angebotsentwicklung auf dem Eventmarkt | 90 |
| Tabelle 5: Austragungsrythmus von Weltmeisterschaften in verschiedenen Sportarten | 91 |
| Tabelle 6: Eventportfolio des internationalen Leichtathletikverbandes im Jahr 2011 | 93 |
| Tabelle 7: Kennzahlen verschiedener Schwimm-Weltmeisterschaften | 169 |
| Tabelle 8: Meilensteine der Bewerbung Hamburgs zur Schwimm-WM 2013 | 170 |
| Tabelle 9: Stadtpolitischer Entscheidungsprozess zur Bewerbung der Stadt Hamburg um die Ausrichtung der Schwimm-WM 2013 ... | 172 |
| Tabelle 10: Sportaktivenquote in verschiedenen deutschen Städten | 258 |
| Tabelle 11: Betrachtete Weltmeisterschaften zur Analyse der Angebotsentwicklung auf dem Sporteventmarkt | 414 |
| Tabelle 12: Darstellung der betrachteten legislativen Grundlagen der Sportpolitik deutscher Großstädte | 428 |
| Tabelle 13: Auflistung der Austragungsorte der Schwimm-WM seit 1973 .. | 433 |
| Tabelle 14: Organisation des Sports als Aufgabengebiet städtischer Verwaltungen (Stand: 2012) | 434 |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---------------|--|
| Abs. | Abschnitt |
| Anm. d. Verf. | Anmerkung des Verfassers |
| BDR | Bund deutscher Radfahrer |
| BRD | Bundes Republik Deutschland |
| bzw. | beziehungsweise |
| ca. | circa |
| CAD | Kanadische Dollar |
| CDU | Christlich Demokratische Union |
| d.h. | das heißt |
| DFB | Deutscher Fußball Bund |
| DM | Deutsche Mark |
| DOSB | Deutscher Olympischer Sportbund |
| DSV | Deutscher Schwimm-Verband |
| DTTB | Deutscher Tischtennis-Bund |
| e.V. | eingetragener Verein |
| EM | Europameisterschaft |
| EOC | European Olympic Committees |
| etc. | et cetera |
| EU | Europäische Union |
| f. | folgende |
| FDP | Freie Demokratische Partei |
| ff. | fortfolgende |
| FIFA | Fédération Internationale de Football Association |
| FINA | Fédération Internationale de Natation |
| GAL | Grün-Alternative Liste |
| GG | Grundgesetz |
| GmbH | Gesellschaft mit beschränkter Haftung |
| HH-Drs. | Drucksache der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg |
| HSB | Hamburger Sportbund |
| i.d.R | in der Regel |
| IAAF | International Association of Athletics Federations |
| IHK | Industrie- und Handelskammer |

| | |
|------|---|
| IOC | International Olympic Committee |
| k.A. | keine Angabe |
| Mio. | Million |
| Mrd. | Milliarden |
| NFL | National Football League |
| NOK | Nationales Olympisches Komitee |
| o.V. | ohne Verfasser |
| OSP | Olympiastützpunkt |
| PVP | Pre-Volunteer-Programm |
| S. | Seite |
| s.u. | siehe unten |
| SPD | Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| u.a. | unter anderem |
| USA | United States of America |
| v.a. | vor allem |
| Vgl. | Vergleiche |
| WFB | Wirtschaftsförderung Bremen GmbH |
| WM | Weltmeisterschaft |
| z.B. | zum Beispiel |

1 Einleitung

1.1 Sporteventbewerbungen als konfliktbehaftete stadtpolitische Realität

Sport als bedeutendes, kulturelles Massenphänomen prägt deutsche Großstädte im 21. Jahrhundert in zunehmendem Maße. Er ist stadtpolitisches Handlungsgebiet, wobei das Feld der Sportpolitik nach Güldenpfennig (2010, S. 11) vor allem durch spektakuläre Ereignisse, dramatische Berichte und echauffierende Kommentare gekennzeichnet ist. Diese Sportpolitik findet in Städten als Entscheidungsräumen mit vielfältigen Akteuren als auch Interessen und hoher Gestaltungsnotwendigkeit statt. Städte sind dabei „*nicht homogen sondern heterogen, nicht konfliktfrei sondern widersprüchlich, nicht simpel sondern komplex*“ (Helbrecht, 2006, S. 269). Stadtpolitik wird folglich als demokratischer Entscheidungsprozess und -konflikt zwischen verschiedenen politischen Akteuren (und deren Interessen) verstanden (Naßmacher & Naßmacher, 2007, S. 12f.).

Das Politikfeld „Sport“ wird in diesem stadtpolitischen Kontext zwar anhand der Verflechtungen sportpolitischer Entscheidungen mit anderen Politikfeldern, vielfältigen Interessen und Akteuren charakterisiert (Mittag, 2010a, S. 33f.), wie die damit verbundenen Beziehungen zwischen Sport und Stadtpolitik konkret beschaffen sind, „*scheint [jedoch] kaum zu interessieren*“ (Güldenpfennig, 2010, S. 12). Vielmehr wird Sportpolitik vornehmlich auf die Aktivierung der dem Sport zugeschriebenen gesellschaftlichen Funktionen verdichtet. Sport wird von politischen Akteuren in Großstädten als Mittel zur Verbesserung der Standort- und Lebensqualität angesehen. Er soll Wirtschaftsfaktor, Imageträger sowie Symbol der Identifikation sein und einen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration, zur Sozialisation und Lebenshilfe, Demokratie und Gesundheit leisten (Hockenjos, 1995, S. 109ff.; Daumann & Langer, 2002, S. 286ff.; Rittner & Breuer, 2004, S. 26ff.).

Diese Ausarbeitung konzentriert sich in der Folge auf die städtische Förderung von Sportevents als Teil der Sportpolitik, wobei vor allem politische Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen betrachtet werden. Begründet werden kann dieses Vorgehen damit, dass Sportevents in der stadtpolitischen Praxis in besonderem Maße ein Konfliktfeld darstellen. Auf Seiten der Befürworter einer Sporteventbewerbung werden die positiven Wirkungen des Events für die Stadt hervorgehoben. Aus wirtschaftlicher Sicht soll durch die Ausrichtung eines

Sportereignisses zusätzliches Geld in die Stadt fließen und es sollen Arbeitsplätze geschaffen werden.¹ Sportevents sollen außerdem intangible Effekte auslösen: der Bekanntheitsgrad der Stadt soll erhöht, Werbe- und Imageeffekte ausgelöst und die städtische Identität gestärkt werden. Außerdem werden ihnen Wirkungen auf die lokale Sportentwicklung zugeschrieben:

- Ausbau der lokalen Sportinfrastruktur
- Stärkung von lokalen Vereinen und Verbänden
- Verbindung von Breitensport und Spitzensport
- Motivationsquelle zum aktiven Sporttreiben

Auf der anderen Seite müssen sich Städte, um Sportevents ausrichten zu können – das heißt, um eine Aktivierung der beschriebenen Potentiale zu verfolgen – in der Regel im Verbund mit einem nationalen Spitzenverband einem auktionenähnlichen Bieterwettbewerb stellen, der von internationalen Sportverbänden konzipiert und diktiert wird.² Neben der Unsicherheit dieses Bieterwettbewerbes sind mit einer Eventbewerbung und -ausrichtung auch verschiedene weitere Risiken verbunden:

1. *Die Notwendigkeit eines hohen finanziellen städtischen Engagements:* Das städtische Engagement im Bieterwettbewerb um Sportevents und die potentielle Ausrichtung von Sportevents sind mit der Verwendung von öffentlichen Mitteln (Steuergeldern) verbunden: Beispielsweise unterstützte die Freie und Hansestadt im Zeitraum von 2007 - 2011 die Durchführung von Sportevents³ mit 2,14 Millionen Euro sowie Bewerbungen um Sportevents mit 3,43 Millionen Euro (HH-Drs. 19/4034, S. 2).⁴ Bei (erfolglosen) Bewerbungen um die Universiade 2015 (50 - 55 Millionen Euro, siehe HH-Drs. 18/7109, S. 18 und HH-Drs. 19/896, S. 2) und um die Schwimm-WM 2013

1 Dieser Impuls kann durch die Konsumausgaben der auswärtigen Besucher des Events, die wirtschaftliche Aktivität der Planung, Organisation und Durchführung des Sportevents durch Veranstalter und Stadt sowie durch diese Effekte ausgelöste Folgeumsätze und Einkommen beispielsweise bei Zulieferern (sogenannte indirekte Effekte) begründet werden (Fanelisa, 2003, S. 45). Eventuell zusätzlich geschaffene Arbeitsplätze können zudem als Folge der Einkommenserhöhung angesehen werden, siehe ausführlich in Kapitel 4.2.2.6.

2 Vor allem um die sogenannten Sport-Mega-Events, das heißt die Olympischen Spiele des IOC und die Fußballweltmeisterschaften der FIFA, ist deshalb eine kostenintensive städtische Konkurrenz entstanden. Siehe Kapitel 3.3.2.

3 Als durchgeführte Veranstaltungen werden aufgeführt: Spiele der Handball-WM 2007, die Triathlon-WM 2007, das Beachvolleyball-EM-Finale 2008 und die Studierenden-Beachvolleyball-WM 2008. Siehe HH-Drs. 19/4034, 15.09.2009, S. 2f.

4 Zu beachten ist, dass in den getätigten Ausgaben eventuelle Unterstützungen der Veranstaltungen durch öffentliche Unternehmen nicht einberechnet sind. Siehe HH-Drs. 18/7279, 13.11.2007, S. 1.

(23,5 Millionen Euro, siehe HH-Drs. 19/1815, S.1) waren öffentliche Mittel zur Unterstützung der Durchführung der Events in erheblichem Umfang eingeplant.⁵

2. *Finanzielle Risiken der Eventbewerbung und -ausrichtung, unter anderem beim Sportstättenbau:* Finanzielle Risiken der Events spiegeln sich in regelmäßig vorkommenden Unterschätzungen der Kosten beziehungsweise Überschätzungen möglicher Einnahmen der Events wider. Gut dokumentiert sind Kostenexplosionen bei der Ausrichtung von Olympischen (Sommer- und Winter-)Spielen (Andreff, 2012, S. 57ff.).⁶ Einige Beispiele von weniger globalen Events verdichten dieses Bild: Die Schwimm-WM 2005 in Montreal wurde mit circa 50,1 Millionen Kanadischen Dollar öffentlich gefördert, erwirtschaftete ein Defizit von 4,77 Millionen Kanadischen Dollar und war von anhaltenden Diskussionen bezüglich der tatsächlichen Profiteure geprägt (o.V., 2005, 10.02.; Gyulai, 2012, 02.04.). Das Recht zur Ausrichtung der Schwimm-WM 2013 wurde am 18.07.2009 von der FINA an Dubai vergeben, das sich im Mai 2010 aber aufgrund finanzieller Probleme von der Ausrichtung zurückzog (siehe Kapitel 5.3). London als ursprüngliche Ausrichterstadt der Leichtathletik-WM 2005 verzichtete im Oktober 2001 aufgrund exponentiell gestiegener Kosten für das zu errichtende Leichtathletikstadion (220 Millionen Pfund Sterling anstatt der geplanten 60 Millionen Pfund Sterling) auf den Event (Bose, 2001, 04.10.).⁷ Der Cricket World Cup 2011 hinterließ dem Co-Ausrichter Sri Lanka ein Millionendefizit (o.V., 2011, 12.04.) und die Nordische Ski-WM 2011 in Oslo war ebenfalls mit Diskussionen über die finanziellen Belastungen durch erhebliche Kostensteigerungen beim Sportstättenbau verbunden (Bergland, 2011, 20.02.).

5 Da diese Kosten Teil der Entscheidungsgrundlage der politischen Akteure bei der Zustimmung oder Ablehnung zu einer Bewerbung waren, können sie als der Wert angesehen werden, der eine monetäre Bewertung der Events für die Stadt ermöglicht. Siehe Kapitel 3.2.2 für weitere Beispiele der finanziellen Beteiligung deutscher Städte an Sportevents.

6 Andreff (2012, S. 57) zeigt auf, dass Kostenüberschreitungen, Änderungen im Projektablauf, die verspätete Fertigstellung von (sport-)infrastrukturellen Maßnahmen, finanzielle Defizite und Schulden bei der Austragung von Olympischen Sommer- wie Winterspielen eher die Regel als eine Ausnahme sind.

7 Dem Sportstättenbau sind finanzielle Risiken inhärent, denn (sport-)infrastrukturelle Investitionen bergen langfristige Kosten. Vor allem Unterhaltskosten und eine fehlende nachhaltige Nutzung errichteter Sportstätten weisen hohe Risiken für Ausrichterstädte von Sportevents auf. Verwiesen wird an dieser Stelle auf die Diskussionen zur Nachnutzung von Sportstätten im Nachgang Olympischer Spiele und von Fußballweltmeisterschaften (Maennig & Zimbalist, 2012). Ungenutzte, überdimensionierte Sportstätten und Infrastrukturausbauten aber auch zu große Hotelkapazitäten „seem to be tellable characteristics in a city that the Olympics or the World Cup has been there“ (Maennig & Zimbalist, 2012, S. 573).

3. *Intangible Risiken, wie zum Beispiel negative Imageeffekte:* Als Beispiel für negative externe Imageeffekte werden in der Literatur die Olympischen Sommerspiele 1996 in Atlanta genannt (Andrew Smith, 2005, S. 220). Kritisiert wird die Überkommerzialisierung des Events und die verbundene (hauptsächliche) Verfolgung der Interessen privater Unternehmen (Andrew Smith, 2005, S. 220). Das Beispiel der Commonwealth Games 2011 in Neu Delhi zeigt zudem auf, wie negativ mediale Berichterstattung durch organisatorische und finanzielle Probleme sowie verbundene Korruptionsvorwürfe werden kann. Überschriften in deutschen Tageszeitungen lauteten: „Indien blamiert sich als Turnierveranstalter“ (o.V., 2010, 22.09.), „Neu Delhi 2010: Angst und Chaos vor den Commonwealth Games“ (Hungermann, 2010, 24.09.), „Commonwealth Games in Indien: Not und Spiele“ (Kazim, 2010, 23.09.) und „Indiens andere Seite: Imageschaden vor den Spielen“ (o.V., 2010, 01.10.).
4. *Dem organisierten Sport immanente Risiken:* Schlagzeilen zur Rad-WM 2007 in Stuttgart, Deutschland („Stuttgart: Doping-Sumpf bedroht Straßenrad-WM“, o.V. (2007, 26.09.)) und zur Fußball-WM 2012 in Polen und der Ukraine („Gewalt überschattet EM-Spiel Polen gegen Russland“, o.V. (2012, 12.06.)) zeigen Risiken auf, die dem organisierten Spitzensport inhärent sind. Hinzu kommen mit der Vergabe von Sportevents immer wieder verbundene Korruptionsvorwürfe gegen Ausrichter und internationale Sportverbände (Maennig, 2004, S. 266ff.; Hofmeister, 2006, S. 1).
5. *Sonstige schwer kontrollierbare Risiken:* Auch hier sei wieder auf mediale Schlagzeilen zur nordischen Ski-WM 2009 in Pyeongchang, Südkorea („Wetterchaos in Südkorea gefährdet WM-Wettkämpfe“, o.V. (2009, 14.02.)) und zur Badminton-WM 2009 in Indien („WM in Indien: Badminton unter Terrorangst“, Zastiral, (2009, 13.08.)) verwiesen, die einige weitere Risiken der Ausrichtung von Sportevents aufzeigen, mit denen Städte als Austragungsorte konfrontiert werden können.
6. *Lokale Proteste gegen das städtische Eventengagement:* Die beschriebenen Risiken von Sportevents können lokale Proteste gegen die Ausrichtung der Events erzeugen und zu einer sozialen Polarisierung der Stadt führen (Horne & Manzenreiter, 2006, S. 12ff.; Shaw, 2010, 05.03.; Beech, 2011, S. 6). Beispielhaft kann auf die Bewerbung Münchens für die Olympischen Winterspiele 2018 verwiesen werden, die maßgeblich von einer Debatte der Befürworterinitiative *OlympJA* und dem Gegner Netzwerk *NOlympia* bestimmt wurde (Effern, Lode, & Riedel, 2011, 03.03.; Jüttner, 2011, 06.07.).⁸

⁸ Beech (2011, S. 4) identifiziert zwei Trends, die zu wachsenden Protesten gegen Sporteventbewerbungen führen können: (1) eine zunehmende Wahrnehmung, dass Sportevents neben den vorausgesagten ökonomischen Nutzen auch ökonomische Kosten erzeugen und (2) eine

Die Proteste gegen eine Eventbewerbung und -ausrichtung begründen sich aus den erwarteten finanziellen Belastungen, Zweifeln an ökonomischen Wirkungen, potentiellen negativen ökologischen Effekten und vor allem durch mit den Events verbundenen Umverteilungswirkungen (Whitson & Horne, 2006, S. 84ff.). Die Ausrichtung eines Sportevents kann in den Augen ihrer Kritiker zu steigenden Lebenshaltungskosten, Miet- und Grundstückspreisen sowie zur Verdrängung von Menschen aus ihren ursprünglichen Wohnquartieren führen (Horne & Manzenreiter, 2006, S. 12). Diese Kritik spitzt sich in der Annahme zu, dass die positiven Wirkungen der Events vor allem (zum Teil nicht ortsansässigen) privatwirtschaftlichen Unternehmen und Bessergestellten zu Gute kommen (Andrew Smith, 2005, S. 218; Horne & Manzenreiter, 2006, S. 12ff.).

7. Vor dem Hintergrund dieser Konfliktpotentiale bei Sporteventbewerbungen wird in der Folge dargelegt, wie die beobachtbare stadtpolitische Realität – in der Sportevents trotz der aufgezeigten Risiken beliebtes und oft eingesetztes Mittel sind – mit Hilfe einer wissenschaftlichen Betrachtung erklärt werden kann. Gefolgt wird hierbei einem erfahrungswissenschaftlichen Verständnis von Wissenschaft, das „*der Erklärung von in der Realität zu machenden Beobachtungen den höchsten Stellenwert*“ zuordnet (Daumann, 1999, S. 4), wobei „*eine konsequente Orientierung an den tatsächlichen Gegebenheiten gewährleistet sein*“ muss (Christl, 2001, S. 7).⁹ Zunächst soll hierzu ein kurzer Blick auf den aktuellen Forschungsstand der Sporteventforschung geworfen werden.

Die Mehrzahl der bestehenden (ökonomischen) Analysen von Sportevents konzentriert sich auf die Untersuchung von externen Effekten. Externe Effekte sind (positive und negative) Wirkungen der Events auf Wirtschaftssubjekte, die auch

wachsende Entwicklung von internetbasiertem, sozialem Journalismus, der Protestbewegungen unterstützen und anregen kann. Siehe Beech (2011, S. 6) für eine Auflistung von Protestbewegungen im Rahmen von Bewerbungen zu Olympischen Spielen.

⁹ Diesem Verständnis nach hat Wissenschaft zur Aufgabe, sich der Wahrheit anzunähern, welche die Übereinstimmung mit den Tatsachen der Wirklichkeit im Sinne der Korrespondenztheorie meint (Popper, 1984, S. 44ff.; 1995c; Daumann, 1999, S. 5). Gegensätzlich zur erfahrungswissenschaftlichen Sichtweise ist die instrumentalistische Sichtweise, welche die Prognoseleistung von Aussagesystemen in den Mittelpunkt stellt. Sie verzichtet bei der Theoriebildung bewusst auf realitätsnahe Beschreibungen zu Gunsten von gesicherten Prognosen (Arni, 1989, S. 121ff.; Christl, 2001, S. 6f.). Ziel der Ausarbeitungen ist es, Einblicke in die realen Vorgänge stadtpolitischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen zu erhalten, weshalb die instrumentalistische Sichtweise keine Anwendung findet. Eine ähnliche Vorgehensweise und Argumentation kann unter anderem bei Daumann (1999, S. 4f.), Christl (2001, S. 7), Hofmeister (2006, S. 5f.) und Langer (2006, S. 24) gefunden werden.

ohne den unmittelbaren oder mittelbaren Konsum eines Events entstehen.¹⁰ Beispielsweise resultieren aus der gelungenen Ausrichtung eines Sportevents etwaige Werbeeffekte für alle Wirtschaftssubjekte der Austragungsregion (Hockenjos, 1995, S. 121ff.). Durch die Konzentration dieser Untersuchungen auf externe Effekte soll aufgezeigt werden, inwiefern der stadtpolitische Einsatz von Sportevents (aus ökonomischer Perspektive) zu legitimieren ist.

Die zahlreichen Forschungen zu externen Effekten von Sportevents zusammenfassend, lässt sich feststellen, dass diese dazu tendieren eine öffentliche Förderung von Sportevents in Zweifel zu ziehen. Beispielsweise werden wirtschaftliche Effekte (Einkommens- und Beschäftigungswirkungen) von Sportevents mehrheitlich verneint (Porter & Chin, 2012, S. 265ff.) und intangible Effekte, wie die Steigerung der Bekanntheit und eine Aufwertung des Images der Stadt, können nicht zufriedenstellend empirisch erfasst werden (Daumann, 2011, S. 258f.). Untermauert werden diese Zweifel durch negative externe Effekte, die durch die Risiken der Events entstehen können.

Die (ökonomische) Forschung steht entsprechend vor einem Dilemma. Zum einen müssten politische Akteure, würden sie den Ergebnissen aktueller wissenschaftlicher Analysen zur Legitimation der Verwendung von öffentlichen Mitteln für Sportevents folgen, auf eine Unterstützung von Eventbewerbungen und -ausrichtungen durch Steuermittel verzichten. Zum anderen sind Sporteventbewerbungen aber eine fast tägliche, von stadtpolitischen Akteuren initiierte, oft auch öffentlich geförderte Realität mit großen Risiken und vielfältigen Konflikten. Hieran anknüpfend besteht die Notwendigkeit eines neuen Analyseansatzes zur Erklärung stadtpolitischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen. Die Arbeit nimmt entsprechend Abstand von einer weiteren wohlfahrtsökonomischen Untersuchung der externen Effekte von Sportevents – die bestehenden Erkenntnisse in diesem Bereich sind in ihrer Ergebnis- und Methodenvielfalt weit fortgeschritten (Porter & Chin, 2012, S. 265ff.) –, so dass nach Ansicht des Autors eine weitere Arbeit in diesem Bereich bestenfalls geringen Mehrwert generieren würde. Zudem zeigt die politische Realität, dass diese Forschungsergebnisse nicht zur Klärung der aufgezeigten Konflikte und Kontroversen – was allerdings auch nicht ihr forschungsmethodisches Ziel ist – beitragen.

Stattdessen rückt in der Folge die Bedeutung des (individuellen) Handelns politischer Akteure bei stadtpolitischen Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen in den Mittelpunkt. Dieses Vorgehen kann damit begründet werden, dass der

¹⁰ Externe Effekte werden in einer Vielzahl von volkswirtschaftlichen Lehrbüchern ausführlich behandelt (Musgrave, Musgrave, & Kullmer, 1994, S. 67ff.; Brümmerhoff, 2007, S. 63ff.; Beck, 2010, S. 117ff.). Analysen zur Begründung der öffentlichen Förderung des Sports und seiner Veranstaltungen können gefunden werden bei: Hockenjos (1995, S. 108), Langer (2006, S. 130ff.), Kurscheidt (2007, S. 55ff.). Siehe auch Kapitel 4.2.

Sport und seine Events als politisches Thema ein Konfliktfeld sind, „in dem es um die Durchsetzung von Interessen sowie die Herstellung von (verbindlichen) Entscheidungen geht“ (Mittag, 2010a, S. 33f.). Stadtpolitische Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen werden entsprechend als Ergebnis der Abwägung von Chancen und Risiken der Bewerbung durch die politischen Akteure verstanden. Verbunden damit ist eine Freigabe oder Ablehnung, der für die Bewerbung und Ausrichtung notwendigen öffentlichen Mittel.¹¹ Analysiert werden sollen in der Folge die Ziele und Handlungsspielräume politischer Akteure sowie ihre gegenseitigen Abhängigkeiten als auch institutionellen Restriktionen und die daraus resultierende Zustimmung oder Ablehnung einer Eventbewerbung durch diese Akteure.

Als theoretische Basis zur Analyse des Handelns von politischen Akteuren bei sportpolitischen Entscheidungen wird in der sportökonomischen Fachliteratur auf die Möglichkeiten positiv-ökonomischer Ansätze verwiesen (Kurscheidt, 2005, S. 225f.; Fritz & Schratzenstaller, 2006, S. 34f.; Kurscheidt, 2006, S. 46ff.; 2007, S. 128ff.; Daumann, 2011, S. 267ff.).¹² So bestehen Forderungen für den Bereich der Sportpolitik „einen positiv-theoretischen Zugang zu den grundlegenden Strukturen und Mechanismen der Politikimplementierung zu entwickeln“ (Kurscheidt, 2006, S. 46). Als ein theoretischer Ansatz hierzu bietet sich die Ökonomische Theorie der Politik an, von der Daumann (2011, S. 269f.) annimmt, dass sie die staatliche Sportpolitik „recht gut“ erklären kann. Diese Annahme basiert bei Daumann aber auch bei anderen Autoren (Hockenjos, 1995, S. 146ff.; Fritz & Schratzenstaller, 2006, S. 34f.), allerdings nur auf einer ausschnittshaften Anwendung der Ökonomischen Theorie der Politik zur Erklärung sportpolitischer Entscheidungsprozesse. Eine konsequente Übertragung des Ansatzes, der die von Daumann aufgestellte Behauptung detailliert hinterfragt, ist in der Literatur bisher ausgeblieben.

Gegenstand der Ökonomischen Theorie der Politik „ist die ökonomische Analyse der Entscheidungen im politischen Bereich“ (Söllner, 2001, S. 158). Ihr Erkenntnisprinzip ist der methodologische Individualismus, wonach sich „alle sozialen Beziehungen, Strukturen und Prozesse durch die Entscheidungen, Handlungen und das Verhalten menschlicher Individuen erklären“ lassen

11 Untersucht wird demnach nicht der Bewerbungsprozess um einen Sportevent, der sich auf der Ebene der internationalen Sportevents abspielt, sondern die vorgelagerte stadtpolitische Entscheidung, sich an diesem Bewerbungsprozess zu beteiligen. Hierbei geht die vorliegende Arbeit von der Annahme aus, dass mit der kommunalpolitischen Entscheidung für eine Bewerbung den Entscheidern die mit der Austragung verbundenen notwendigen Investitionen und sonstigen städtischen Maßnahmen bekannt sind und von diesen als Entscheidungsgrundlagen angesehen werden.

12 Mit diesem Vorgehen lehnt sich die Ausarbeitung an bereits bestehende Untersuchungen in anderen Politikfeldern an (Troja, 1998; Ebker, 2000; Throsby, 2010).

(Behrends, 2001, S. 5). Das „*Verhalten von Individuen [ist] zwar komplex motiviert, aber letztlich in allen Handlungsbereichen konsistent*“, nämlich eigenorientiert (Gassmann, 1993, S. 11). Politische Akteure sind also keine selbstlosen Maximierer gesellschaftlicher Wohlfahrt, sondern verfolgen ihren individuellen Nutzen.

Die Ökonomische Theorie der Politik ist als „*mikrofundierter handlungstheoretischer Ansatz, der Rationalität der Akteure voraussetzt*“ zu verstehen (Holzinger, 2009, S. 541). Sie erklärt das Handeln der am Entscheidungsprozess zu Sporteventbewerbungen beteiligten Akteure mit Hilfe der rationalen Handlungslogik des ökonomischen Ansatzes. Aufbauend auf diesen Überlegungen ergibt sich die forschungsleitende Frage dieser Ausarbeitungen – um auf Daumann zurückzukommen – inwiefern diese ökonomische Erklärung eine „recht gute“ Erklärung stadtpolitischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen ist.¹³

Ziel der Arbeit ist es deshalb auf einer der Ökonomischen Theorie der Politik inhärenten theoretisch-konzeptionellen Ebene, die an diesem Entscheidungsprozess beteiligten Akteure zu identifizieren, ihr Handeln zu erklären und die zwischen ihnen stattfindenden Interaktionen in einem polit-ökonomischen Interaktionsmodell zu bündeln. Dieses Interaktionsmodell von stadtpolitischen Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen ist als zentrales Ergebnis der Arbeit anzusehen und soll einen Beitrag zur Erhöhung der Transparenz und Nachvollziehbarkeit sporteventpolitischer Entscheidungsprozesse leisten. Gleichzeitig ist darzulegen, an welche Grenzen die Ökonomische Theorie der Politik stößt und inwiefern sie sporteventspezifisch modifiziert, ausdifferenziert oder konkretisiert werden muss. Zudem ist festzustellen, welche Folgerungen aus dieser polit-ökonomischen Betrachtung stadtpolitischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen für die wissenschaftliche Betrachtung von Sportevents als auch die politische Praxis abgeleitet werden können.

Diese einleitenden Bemerkungen abschließend ist noch anzumerken, dass die Ausführungen mit den genannten Ansatzpunkten keinen Anspruch erheben Sporteventpolitik in ihrer Gesamtheit zu erfassen. Vielmehr wird der stadtpolitische Entscheidungsprozess zu Sporteventbewerbungen unter den aufgezeigten Gesichtspunkten betrachtet. Es ist nicht Absicht dieser Arbeit eine Theorie moderner Sportevents zu konzipieren. Mit dem gewählten Vorgehen will die Arbeit

¹³ Die Analyse konzentriert sich auf die stadtpolitische Ebene. Eine Übertragung der Annahmen der Ökonomischen Theorie der Politik auf diese Ebene ist möglich und wird auch in anderen Arbeiten umgesetzt (Gassmann, 1993, S. 210f.). Eine Anwendung auf einzelne politische Entscheidungssachverhalte ist hingegen noch eher unüblich, geht aber mit der Forderung von Behrens (1980, S. 15) einher, dass dem Feld der politischen Entscheidungen „wegen der kaum zu überschauenden Vielfalt der Ebenen, auf denen politische Entscheidungen gefällt werden, sowie wegen der noch unübersichtlicheren Vielfalt der Formen der Entscheidungsfindung eine kaum zu sättigende Nachfrage nach Erlebnisberichten“ inhärent ist.

gleichwohl einen Beitrag zu einer bewussteren und kritischeren Wahrnehmung von städtischen Sporteventbewerbungen leisten.

1.2 Forschungsmethodisches Konzept und Aufbau der Arbeit

Die einleitenden Ausführungen haben aufgezeigt, dass bisherige Ansätze zum Verständnis stadtpolitischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen in der wissenschaftlichen Diskussion noch defizitär sind. Die städtische Sporteventpolitik aber auch die genannten politischen Entscheidungsprozesse sind bisher nicht systematisch und konsequent erfasst wurden, weshalb die Notwendigkeit besteht einen theoretischen Rahmen zu schaffen, der bestehende wenig zusammenhängende Erkenntnisse kohärent zusammenfasst. Hierzu verfolgt die Arbeit einen Ansatz der von der „Mainstream-Forschung“ abweicht und der empirische Forschungszugang ist nicht *„hypothesentestend und hinsichtlich der eingesetzten Methoden quantitativ ausgerichtet“* (Auer-Srnka, 2009a, S. 459). Vielmehr erfolgt der Einsatz eines Methodenmixes, das heißt es werden quantitative Forschungsmethoden (statistische Datenanalysen) und qualitative Forschungsmethoden (Literatur- und Inhaltsanalysen)¹⁴ kombiniert, *„um neue theoretische Grundlagen für praxisrelevantes Wissen zu erforschen“* (Auer-Srnka, 2009a, S. 459). Hierbei gliedert sich die Arbeit in zwei Teile.

Im ersten Teil der Arbeit, den Kapiteln 2 bis 5, wird der städtische Politikbereich „Sportevents“ umgrenzt und analysiert. Dieser Schritt ist notwendig, da eine systematische Darstellung dieses Politikbereiches bisher ausstehend ist, der Bereich also weder empirisch noch theoretisch-konzeptionell ausreichend betrachtet worden ist. Zur Erfassung stadtpolitischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen werden verschiedene Forschungsmethoden angewandt – zur Anwendung kommen statistische Datenerhebungen, Dokumenten- und Inhalts- sowie umfangreiche Literaturanalysen. Dieses Vorgehen trägt dazu bei, stadtpolitische Entscheidungsprozesse zu strukturieren und einer theoretisch-konzeptionellen polit-ökonomischen Analyse im zweiten Teil der Arbeit zugänglich zu machen. Dieser zweite Teil beinhaltet die Analyse des Handelns der verschiedenen Akteure als auch die Konzeption des in Kapitel 1.1 angesprochenen polit-ökonomischen Interaktionsmodells stadtpolitischer Entscheidungen zu

¹⁴ Die Literaturanalyse wird hier als eigenständige Forschungsmethode verstanden. Sie ist eine strukturierte und klar nachvollziehbare Methode der Identifizierung, Evaluierung, Integration und Interpretation relevanter Beiträge in der Literatur (Auer-Srnka, 2009b, S. 10). Ziel der Literaturanalyse ist es, Einsichten zu konkreten Fragestellungen zu gewinnen (Auer-Srnka, 2009b, S. 10). Siehe Kapitel 5.1 zur Inhaltsanalyse.

Sporteventbewerbungen. Das konkrete Vorgehen der Arbeit wird in Abbildung 1 dargestellt und folgend genauer skizziert.

| | |
|---|---|
| <p>1. Teil: Analyse des Status quo des städtischen Politikfeldes Sporteventpolitik bei Konzentration auf Bewerbungsverfahren zu Sportevents und unter Einsatzes eines Methodenmixes</p> | 2. Kapitel: Rahmenbedingungen städtischer Sporteventpolitik |
| | 3. Kapitel: Komplexität und Dynamik des Sporteventmarktes |
| | 4. Kapitel: Wissenschaftliche Erkenntnisse zur Begründung des stadtpolitischen Einsatzes von Sportevents |
| | 5. Kapitel: Spezifizierung der politischen Realität sporteventpolitischer Entscheidungen anhand eines Fallbeispiels |
| |  |
| | Notwendigkeit eines neuen Analyseansatzes |
| <p>2. Teil: Polit-ökonomische Analyse stadtpolitischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen</p> | 6. Kapitel: Ökonomische Theorie der Politik zur Akteursanalyse |
| | 7. Kapitel: Analyse des Handelns der identifizierten Akteure bei Sporteventbewerbungen |
| |  |
| | Akteurszentriertes Interaktionsmodell |

Abbildung 1: Aufbau der Arbeit

1. Teil: Status quo des städtischen Politikbereiches Sporteventpolitik

2. *Kapitel:* Dieses Kapitel stellt die Umfeldfaktoren und Rahmenbedingungen dar, die dazu beigetragen haben, dass der Sport und seine Events zum Instrument städtischer Politik geworden sind. Die Ausführungen gehen auf die Restriktionen und Herausforderungen der Stadtpolitik ein. Zentral für die Darstellung ist die bestehende Städtekonkurrenz, die zu einer anspruchsrgruppenorientierten als auch marktorientierten, das heißt wachstumsorientierten, städtischen Politik führt. Die Analyse des Stadtmarketings – als Ansatzpunkt der Städte auf diese veränderten Anforderungen zu reagieren – sowie der gesellschaftlichen Stellung des Sports und seiner Events werden am Ende dieses Kapitels erfolgen.

3. *Kapitel:* Aufgezeigt werden die Komplexität und Dynamik des Sporteventmarktes, auf dem sich Städte bewegen, wenn sie Sportevents als stadtpolitisches Instrument einsetzen. Es wird analysiert, was unter der Begrifflichkeit „Sportevent“ verstanden werden soll als auch welche Akteure das Angebot und die Nachfrage nach Sportevents bestimmen. Durch statistische Erhebungen wird außerdem die aktuelle Dynamik auf dem Sporteventmarkt dargestellt. Das Kapi-

tel dient insgesamt der Analyse von Chancen und Risiken des stadtpolitischen Einsatzes von Sportevents auf einem sich globalisierenden Sporteventmarkt. Es verdeutlicht, welche besondere Rolle Städte auf diesem Markt einnehmen, das heißt, welche Ziele sie verfolgen können und welche Aufwände sie erbringen müssen. Die Darstellungen schließen mit einer Aufstellung der Herausforderungen städtischer Sporteventpolitik als wesentlichem Anknüpfungspunkt der folgenden Kapitel.

4. Kapitel: Die Komplexität stadtpolitischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen und der mit ihr verbundene Einsatz öffentlicher Ressourcen bedingt eine Legitimation dieser Politik durch die politischen Akteure. Ziel dieses Kapitels ist es aufzeigen, inwiefern wissenschaftliche Analysen zu Sportevents Erkenntnisse generieren, an denen stadtpolitische Entscheidungen ausgerichtet, beziehungsweise mithilfe derer diese gerechtfertigt werden können. Ausgangspunkt der Überlegungen ist das in wissenschaftlichen Analysen dominierende Gemeinwohlargument. Mittels umfangreicher Literaturanalysen wird dargestellt, warum externe Effekte die Sporteventpolitik theoretisch rechtfertigen und ob diese durch aktuelle wissenschaftliche Forschung nachgewiesen werden können. Hierzu werden allokatons- und verteilungspolitische Kriterien betrachtet. Das Kapitel verdeutlicht, dass bisherige politische Legitimationsargumente durch eine wissenschaftliche Analyse nicht hinreichend belegt werden können. Dies steht im Kontrast zur politischen Realität, die durch einen intensiven Einsatz von Sportevents gekennzeichnet ist.

5. Kapitel: Anhand einer Fallstudie zur Sporteventpolitik der Freien und Hansestadt Hamburg wird diese politische Realität der Sporteventpolitik in der Folge spezifiziert. Ziel des Kapitels ist die Darstellung des stadtpolitischen Entscheidungsprozesses zu einer Sporteventbewerbung sowie der an diesem beteiligten Akteure in der Hansestadt. Mit Hilfe von Inhaltsanalysen programmatischer und städtischer Dokumente, von Zeitungsartikeln und Pressemeldungen wird sowohl die generelle Akzeptanz der Sporteventpolitik als Politikfeld durch die Hamburger Parteien dargestellt als auch die Bewerbung Hamburgs zur Schwimm-WM 2013 detailliert analysiert. Anhand des Fallbeispiels wird verdeutlicht unter welchen zeitlichen, institutionellen und akteursspezifischen Bedingungen stadtpolitische Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen stattfinden.

2. Teil: Theoriegeleitete polit-ökonomische Analyse der Akteure städtischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen

6. Kapitel: Dieses Kapitel stellt die Ökonomische Theorie der Politik als theoretischen Ansatz vor, der eine akteursspezifische Betrachtung stadtpolitischer Ent-

scheidungen zu Sporteventbewerbungen ermöglicht. Es hat zum Ziel, die theoretischen und methodischen Grundlagen für eine polit-ökonomische Erklärung des Handelns der Akteure und mit der Entscheidung verbundenen Interaktionen darzulegen. Zu Beginn des Kapitels werden die Grundannahmen, das Verhaltensmodell und die methodologische Grundlage der Ökonomie als forschungsleitende Wissenschaftsdisziplin vorgestellt. Ansetzend an diesen Erkenntnissen wird die Übertragung des ökonomischen Instrumentariums auf politische Entscheidungen skizziert und die Basis der weiteren Analysen gelegt. Entsprechend der Akteurszentrierung dieser Ausarbeitungen werden zudem die spezifischen Akteure als auch ihre Rolle im politischen Entscheidungsprozess dargestellt. Zum Abschluss des Kapitels erfolgt die Konzeptionierung des verwendeten, mikrofundierten Ansatzes der Ökonomischen Theorie der Politik zur Analyse der Akteure und der zwischen diesen stattfindenden Interaktionen im untersuchten politischen Entscheidungsprozess.

7. Kapitel: Das anschließende 7. Kapitel dient der Übertragung des Ansatzes der Ökonomischen Theorie der Politik auf stadtpolitische Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen. In einem ersten Schritt werden die an diesen Entscheidungen beteiligten Akteure zunächst einzeln hinsichtlich ihrer jeweiligen Ziele, Restriktionen und Handlungsweisen mit Hilfe des ökonomischen Ansatzes betrachtet. Der zweite Schritt dient dazu, die verschiedenen Akteursinteressen in einem polit-ökonomischen Interaktionsmodell zusammenzuführen und die gegenseitigen Abhängigkeiten der Akteure bei ihrer Zielerreichung aufzuzeigen. Das Kapitel schließt mit einer kritischen Diskussion der Möglichkeiten und der Tragfähigkeit der Ökonomischen Theorie der Politik zur Erklärung stadtpolitischer Entscheidungen zu Sporteventbewerbungen.

8. Kapitel: Die Schlussbetrachtungen beinhalten eine Zusammenfassung der zentralen Erkenntnisse der Arbeit. Im Mittelpunkt stehen vor allem die Konsequenzen aus den Ergebnissen der Arbeit für die wissenschaftliche Betrachtung als auch die politische Realität der städtischen Sporteventpolitik.

2 Städte und Sportevents

2.1 Stadtpolitik und ihre Umfeldbedingungen

Dieses zweite Kapitel dient dazu, den Raum in dem sich stadtpolitische Akteure bewegen differenziert abzugrenzen. Die Betrachtung setzt an der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung von Städten als Knotenpunkten geistigen und materiellen Kapitals und Potentials an (Parkinson, Hutchins, Simmie, Clark, & Verdonk, 2004, S. 15; Schäfers, 2006, S. 13).^{15,16} Häupl (2008, S. 23) spricht von einer „*Verstädterung der Welt*“, die eine Urbanisierung von Sitten und Gebräuchen nach sich zieht.¹⁷

Allerdings fällt eine Abgrenzung des Stadtbegriffes – aufgrund der Unterschiede in ökonomischer Struktur und Funktion, sozialer Komposition, Größe oder geografischer Lage bestehender, als Stadt bezeichneter Agglomerationen – schwer (Schubert, 2001, S. 270f.; Parkinson, et al., 2004, S. 13f.). Schubert (2001, S. 289) skizziert die Differenziertheit von Städten am europäischen Beispiel: „*Die ‘europäische Stadt’ ist durch vielfältige, sozio-kulturelle, morphologische, architektonisch-städtebauliche und ökonomische und politische Unter-*

15 Siehe für eine historische Betrachtung der Entwicklung von Städten in Deutschland und Europa Bogart (1998, S. 25ff.), Schäfers (2006, S. 25ff.).

16 Mit dieser Konzentration auf Städte reiht sich die Ausarbeitung in die Reihe von Arbeiten ein, die Städte als zentralen Ort einer globalisierten Welt ansehen (Stratmann, 1999; Parkinson, et al., 2004; Prigge & Schwarzer, 2006). Dieser Einordnung von Städten stehen Arbeiten zur Regionalisierung, das heißt dem Bedeutungsgewinn von (Metropol-)Regionen gegenüber Nationalstaaten entgegen (Trosien, 2008; Blotevogel & Schulze, 2009). Die Bevorzugung des Systems Stadt gegenüber dem System Region in den Ausarbeitungen erfolgt, da in Regionen meist noch keine autonomen Führungs-, Entscheidungs- und Organisationsstrukturen bestehen, diese aber in Städten vorliegen (Weig, 2004, S. 35).

17 Dies kann statistisch nachgewiesen werden: Der Anteil der Bevölkerung der in Städten lebt, stieg in Europa von 10 % zu Beginn des 18. Jahrhunderts auf 30 % zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Aktuell leben circa 80 % der Bevölkerung Europas in Städten, das heißt Siedlungen mit mindestens 10.000 Einwohnern. Dieser Trend ist auf allen Kontinenten zu beobachten. Lebten 1950 lediglich 29 % der Weltbevölkerung in Städten, war im Jahr 2005 bereits die Hälfte der Weltbevölkerung in diesen wohnhaft. Siehe hierzu die auf dem World Urbanization Prospect der Vereinten Nationen basierenden Darstellungen der Bundeszentrale für Politische Bildung (2010) sowie Bogart (1998, S. 26f.), Kunz (2006, S. 215f.), Naßmacher & Naßmacher (2007, S. 36).

*schiedlichkeiten geprägt*¹⁸. In der Folge wird das in den Ausführungen angewandte Verständnis von Stadtpolitik dargelegt, bevor anschließend deren Rahmenbedingungen skizziert werden.

2.1.1 Stadtpolitik in Großstädten

In ihrer ursprünglichsten Form werden Städte als Bündelung einer Vielzahl von Menschen an einem spezifischen räumlichen Punkt angesehen (Bogart, 1998, S. 3). Mit dieser Dichte an Population geht eine Konzentration wirtschaftlicher Aktivität einher und eine Vielzahl von Austauschprozessen außerhalb formaler Märkte findet statt. Die daraus entstehenden (positiven) Externalitäten sind entsprechend die fundamentale ökonomische Begründung von Städten (Bogart, 1998, S. 3f.).

In Städten können Produktionskosten gesenkt, die soziale sowie physische Infrastruktur gemeinsam genutzt, Transport- und Transaktionskosten durch die räumliche Nähe zwischen Unternehmen, Lieferanten und Konsumenten reduziert und es kann außerdem auf ein hohes Arbeitskrätereservoir zurückgegriffen werden (Parkinson, 2005, S. 135f.). Sie werden als „*small open economies*“ verstanden (Bogart, 1998, S. 4). Der Wirtschaftsraum Stadt ist durch Unternehmen und Individuen geprägt, die eine Entscheidung über ihren Standort, Lebensort beziehungsweise kurzfristigen Aufenthaltsort (Touristen) getroffen haben. „*Nach dem ökonomischen Prinzip wurde diese Entscheidung durch Abwägen von Kosten und Nutzen verschiedener Standorte getroffen*“ (Weig, 2004, S. 46).

Dieser räumlichen, ökonomisch begründbaren Agglomeration wird in Deutschland, anhand der Kriterien der Einwohnerzahl, Siedlungsstruktur und der wirtschaftlichen (früher auch militärischen) Leistungsfähigkeit das Stadtrecht verliehen (Weig, 2004, S. 32ff.). In der Folge soll zur Systematisierung von Städten auf das Kriterium der Einwohnerzahl zurückgegriffen werden (Weig, 2004, S. 33; Prigge & Schwarzer, 2006, S. 40). Unterschieden wird – in Abhängigkeit vom jeweiligen Bundesland – ab gewissen Einwohnerzahlen zwischen Landstädten, Kleinstädten, Mittelstädten und Großstädten (Bähr, 2011, S. 2).¹⁹

18 Versuche der Abgrenzung der Begrifflichkeit „Stadt“ können in administrativen, statistischen, soziologischen, ökonomischen, geografischen und anderen Definitionen gefunden werden (Bogart, 1998, S. 4ff.; Prigge & Schwarzer, 2006, S. 39; Schäfers, 2006, S. 13ff.; Naßmacher & Naßmacher, 2007, S. 10f.). Zu beachten ist, dass zwar stets vom Konstrukt „Stadt“ gesprochen wird, dieses kann aber nicht als isolierte Einheit betrachtet werden, vielmehr beeinflussen gesamt-gesellschaftliche, sozioökonomische, räumliche, technologische, politische und institutionelle Bedingungen seine Entwicklung (Prigge & Schwarzer, 2006, S. 39).

19 Die Einwohnerzahl-Untergrenze damit räumliche Agglomerate in Deutschland als Stadt bezeichnet werden, liegt bei 2.000. Städte zwischen 2.000 und 5.000 Einwohner werden als

Im Mittelpunkt der weiteren Ausführungen steht der Städtetyp Großstadt, der als „eine urbane Einheit, die mindestens etwa 450.000 Einwohner hat“, definiert wird (Prigge & Schwarzer, 2006, S. 40).^{20,21} Begründet wird dieses Vorgehen mit der nationalen Bedeutung und erheblichen internationalen Verflechtungen dieser Städte (Heinz, 2008, S. 89). Zudem besitzen sie aus ökonomischer und infrastruktureller Sicht in der Regel eine differenzierte Standortausstattung als auch eigenständige Entscheidungs- und Handlungspotentiale. Großstädte weisen – trotz aus stadtsoziologischer und (politisch)institutioneller Sicht durchaus großer Unterschiede – vergleichbare Strukturen auf (Prigge & Schwarzer, 2006, S. 30).

Die spezifische Politik in Großstädten (Stadtpolitik) wird als lokales Subsystem des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland (BRD) angesehen, mit Städten als „örtliche[n] Ausprägungen der politischen Gesellschaft, dezentrale[n] Trägern politischer Aufgaben und Schauplätze[n] politischen Handelns“ (Naßmacher & Naßmacher, 2007, S. 12). Sie ist „Politik in einem physisch-ortgebundenem und sozialraumbezogenem Interaktionssystem“ (Heinelt, 1994, S. 455). Übertragen auf die drei Dimensionen des Politikbegriffes richtet sich Stadtpolitik nach den Gemeindeordnungen der Länder (siehe unten) und den städtischen Hauptsatzungen (*polity*) und muss einer Vielzahl von konkreten Einzelaufgaben begegnen (zum Beispiel Umwelt-, Kultur-, Sozial-, Bau-, Stadtentwicklungs- und Sportpolitik)(*policy*). Sie findet in demokratischen Entscheidungsprozessen und -konflikten zwischen verschiedenen politischen Akteuren und Interessen statt (*politics*) (Naßmacher & Naßmacher, 2007, S. 12f.).²²

Landstadt bezeichnet. Kleinstädte haben zwischen 5.000 und 20.000 Einwohner, Mittelstädte zwischen 20.000 und 100.000 Einwohner und Großstädte über 100.000 Einwohner (Bähr, 2011, S. 2). Anzumerken ist, dass für die unterschiedlichen Größentypen in den jeweiligen Bundesländern stets die gleiche Gemeindeordnung gilt. Wehling und Kost (2010, S. 15) halten es für „denkbar, möglich, vielleicht auch wünschbar“, für die verschiedenen Größentypen unterschiedliche Kommunalverfassungen zu entwickeln.

20 Im Rahmen der Ausführungen wird immer wieder auf beispielhafte politische Prozesse zu Sportevents in einzelnen Städten eingegangen. Die Analysen beziehen folgende Städte ein: Berlin (Einwohnerzahl: 3.501.872), Hamburg (1.772.100), München (1.326.807), Köln (995.420), Frankfurt am Main (664.838), Stuttgart (600.068), Dortmund (584.412), Düsseldorf (584.412), Essen (579.759), Bremen (547.360), Hannover (519.000), Leipzig (515.469), Dresden (512.234), Nürnberg (503.638), Duisburg (494.048). Siehe Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Stichtag 31.12.2008 unter www.regionalstatistik.de.

21 Diese Großstädte sind gleichzeitig kreisfreie Städte, das heißt sie sind nicht mehr Teil eines Landkreises, sondern gleichberechtigt neben diesem und nehmen die Funktionen der untersten staatlichen Verwaltungsbehörden eigenständig wahr (Weig, 2004, S. 33ff.; Flidner, 2011, S. 10). Im Jahr 2008 gab es in Deutschland 112 kreisfreie Städte. In diesen kreisfreien Städten lebten über 26 Millionen Einwohner oder 32% der Gesamtbevölkerung der BRD. Siehe Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Stichtag 31.12.2008 unter www.regionalstatistik.de.

22 In der Fachliteratur hat sich eine klassische Dreiteilung des Begriffes Politik in *polity*, *politics* und *policy* etabliert (Patzelt, 2007, S. 28f.; Kevenhörster, 2008, S. 27ff.; Korte & Fröhlich, 2009, S. 13f.):

Stadtpolitik in Großstädten ist aufgrund der hohen Einwohnerzahl, der Heterogenität der Bevölkerung, der vielfältigen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ökologischen Verflechtungen im Binnen- und Außenverhältnis der Stadt mit einer hohen Gestaltungsnotwendigkeit konfrontiert (Häußermann, Läßle, & Siebel, 2008, S. 246ff.). Sie findet in komplexen, zum Teil schnelllebigen, demokratischen Entscheidungsprozessen statt. Ihre Entscheidungs- und Handlungsbedingungen werden im folgenden Kapitel dargestellt.

2.1.2 Entscheidungs- und Handlungsbedingungen städtischer Politik

Beeinflusst wird Stadtpolitik durch Restriktionen nationaler und supranationaler Politiksysteme als auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen, die in der Folge aufgezeigt werden. Zunächst werden hierzu die Rahmenbedingungen der Eingliederung der Städte in das föderale System der Bundesrepublik Deutschland skizziert, um Aufgaben und Handlungsspielräume städtischer Politik aufzudecken.

2.1.2.1 Städte als Teil des föderalen Systems in Deutschland

Rechtlich ist die Rolle der Städte in der Bundesrepublik Deutschland in Artikel 28 GG geregelt.²³ Dort werden ihnen das Recht auf Selbstverwaltung und die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung garantiert (Weig, 2004, S. 35ff.; Prigge & Schwarzer, 2006, S. 47ff.).²⁴ Die Kommunale Selbstverwaltung

Polity betrachtet die Rahmenbedingungen und Strukturen von Politik, das heißt sie rückt institutionenorientiert politische Formen und Strukturen (wie zum Beispiel Regierungssysteme, internationale Organisationen, Parlamente oder Parteien) ins Zentrum ihrer Betrachtungen. Politics stellen das „Wer?“ und das „Wie?“, also Akteure und Prozesse der Umsetzung von Politik in den Mittelpunkt. Das Erkenntnisinteresse liegt in der Ausgestaltung politischer Prozesse: untersucht werden Einstellungen, Interessen, Verhalten, Konflikte, Handlungspotentiale sowie die Entscheidungsfindung und -durchsetzung. Policy, auch Politikfeldanalyse genannt, untersucht die Inhalte der Politik, wie zum Beispiel Politikprogramme und deren steuerungspolitisches Entstehen. Diese unterschiedlichen Politikbegriffe geben Hinweise auf die Dimensionen der Politik und betonen „die Strukturen und Formen, in denen Politik gemacht wird, die Prozesse zwischen politischen Akteuren und die Inhalte politischer Entscheidungen“ (Kevenhörster, 2003, S. 31).

²³ Unterschiedliche rechtliche als auch politische Gegebenheiten zwischen den verschiedenen Bundesländern werden bei der Analyse ausgeblendet und eine generelle, übergreifende Sichtweise auf städtische Aufgaben im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland angewandt.

²⁴ Durch die finanzielle Eigenverantwortung wird der Zugang zu einer Steuerquelle, von der die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kommune abhängig ist, vorausgesetzt (Gassmann, 1993, S. 157ff.; Wehling & Kost, 2010, S. 7f.). Die Gemeinden bekommen das Recht zuerkannt, die